

Von der Schwierigkeit, Deutscher zu sein: Gedanken aus Anlass der 50. Wiederkehr der „Reichskristallnacht“

Jost Delbrück

I. Zur Einführung

Lassen Sie mich meinen Ausführungen zunächst drei Zitate aus den Reden des Herrn Bundespräsidenten (Richard von Weizsäcker, d. Redaktion) vom 8. Mai 1985 und 8. Juni 1985 voranstellen. Sie sollen in drei Schritten die nachfolgenden Gedanken schlaglichtartig einführen.¹

1. „Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah.
Es gab viele Formen, das Gewissen ablenken zu lassen, nicht zuständig zu sein, wegzuschauen und zu schweigen. Als dann am Ende des Krieges die ganze unsagbare Wahrheit des Holocaust herauskam, beriefen sich allzu viele von uns darauf, nichts gewusst oder auch nur geahnt zu haben.
Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist wie Unschuld nicht kollektiv, sondern persönlich.
Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen, es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder die sie abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewusstsein erlebt hat, frage sich heute im Stillen nach seiner Verstrickung.“
2. „Wenn wir eins sein wollen mit uns selbst und wenn wir mit unseren Nachbarn im reinen sein wollen, dann müssen wir auch mit unserer Herkunft im reinen sein.“
3. „Der Mensch kann den Überlieferungen eine neue Richtung geben. Er kann seine Zeit beeinflussen. Dafür ist er frei, dafür ist er verantwortlich.“

Mancher unter uns wird sich fragen, warum am Gedenktag für die Opfer der Reichspogrom-(Reichskristall-)nacht die Schwierigkeit, Deutscher zu sein, behandelt wird und nicht zentral und ausschließlich die Ereignisse vor 50 Jahren, derer wir heute und in den kommenden Tagen allenthalben in der Bundesrepublik Deutschland gedenken. Und manch einer wird sich weiter fragen, von welcher Schwierigkeit hier die Rede sein soll oder ob gar, so mag gefragt werden – hier Selbstmitleid artikuliert oder erheischt werden soll? Nichts von alledem ist beabsichtigt. Über den historischen Ablauf des Reichspogroms vom 9./10. November 1938, seine Hintergründe und Folgen berichten in diesen Tagen Fachleute innerhalb und außerhalb der Universität. Hier soll aus Anlass der erschütternden Geschehnisse vom November 1938, auf die dennoch in einer zusammenfassenden Rekapitulation einzugehen sein wird, darüber nachgedacht werden, was diese Vorgänge für unser Selbstverständnis als Deutsche bedeuten, wie wir mit ihnen umgehen, sie „aufarbeiten“ (so das gängige Schlagwort), kurz, wie wir als Deutsche uns zu unserer Geschichte verhalten – im Großen wie im Kleinen. Sie sollen aber auch zum Nachdenken anregen, wie wir über die Aufarbeitung der Vorgänge hinaus unsere Zukunft gestalten, insbesondere Wiederholungen solcher Barbarei vermeiden. Dass es hier Schwierigkeiten gibt, dass Deutsche sich in der einen oder anderen Weise mit der Einstellung

zu unserer Geschichte schwer tun, ist leicht belegbar – wenn auch die Schwierigkeiten je nach individueller Sicht, je nach Alter bzw. Generationszugehörigkeit sehr unterschiedlich sind und die Erscheinungsform, in denen diese Schwierigkeiten im Umgang mit unserer Geschichte deutlich werden, verschiedenster Art sind.

Zum einen haben wir es mit einer Reaktion auf die neuere Vergangenheit, genau gesagt, auf die Zeit des Dritten Reiches, zu tun, die als Verdrängung zu kennzeichnen ist, sei es in der Form, dass das eigene Geschichtsbewusstsein auf eine vermeintlich hellere Vergangenheit der Deutschen, namentlich ihren kulturgeschichtlichen Aspekt, verengt wird; sei es in der anderen – uns allen geläufigen – Form, dass die Singularität der bürokratisch-peniblen Verbrechen, die während des Dritten Reiches begangen wurden, schrittweise durch eine – oft feingesponnene – „tu quoque“-Argumentation in ein milderer Licht gesetzt wird. Oder schließlich in der Form einer geschichtslosen Zukunftsorientierung, die ihrerseits unterschiedlicher Natur sein kann. Hier fanden und finden wir jene, die nationale Zugehörigkeit, die Identifikation mit der eigenen Nation und ihrer Geschichte als unaufgeklärten Anachronismus betrachten und sich – je nach Weite ihrer Vision – als Weltbürger oder Europäer betrachten. Hier finden wir aber auch jene, die sich von ihrer Geschichte abwenden als einem lästigen, sperrigen Widerstand auf ihrem Wege zu voller Hingabe an einen Hedonismus, einen Lebensgenuss, der weder geschichtliches Fundament hat, noch Zukunftsbezug sucht. Wir haben es aber auch mit einer Reaktion auf das Dritte Reich zu tun, die nicht Verdrängung ist, die nichts beschönigt und verschweigt, die aber doch in einigen Artikulationen Gefahr läuft, sich über den schonungslosen Hinweis auf die historische Schuld derer, die sie auf sich geladen haben, in Distanz zum Ganzen der deutschen Geschichte zu bringen bzw. auf diese – häufig sicher unbewusste – Art aus der Haftung der Geschichte entkommen zu wollen.

In allen diesen – hier nur grob skizzierten und gewiss um viele Facetten ausdifferenzierende – Reaktionen schwingt noch immer Unsicherheit und vielfach Orientierungslosigkeit im Hinblick auf den eigenen Ort, das eigene Selbstverständnis als Deutscher mit. Klarer als wir selbst nimmt uns ein kritisches Ausland zunehmend als ein in flirrender Unruhe befangenes Volk, als ein unruhiges Volk auf der Suche nach seiner geschichtlichen Identität wahr. Dabei werden – soweit diese gewiss zutreffende Sicht einer kritischen Sympathie entspringt – die Schwierigkeiten dieser Suche nicht verkannt. Lassen Sie mich einige wenige nennen. Historisch belastet uns die wiederkehrende Problematik der staatlichen Organisation der Deutschen. Im 19. Jahrhundert stehen sich klein- und großdeutsche Lösungen der staatlichen Organisation gegenüber. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelingt es nicht, den nationalen Konsens über die Grenzen des Reiches zu finden, und heute wirft die deutsche Teilung dunkle Schatten. Karl Dietrich Erdmann hat in seiner Aufsehen erregenden Vorlesung über das Thema „Drei Staaten – Zwei Nationen – ein Volk“ den aufklärerischen Versuch unternommen, die deutsche Frage in den größeren Kontext der europäischen Geschichte zu heben und uns so einen Schlüssel zu einem befriedenden Selbstverständnis gewiesen. Aber Erdmann beschreibt doch auch zugleich das heutige Identitätsdilemma der Deutschen.

Jedoch nicht nur die objektiven, die historischen Ereignisse um die angemessene, nicht angemäße staatliche Organisation der Deutschen in der europäischen Staatenwelt tragen zur Schwierigkeit der Identitätssuche bei. Schwerer noch wiegt auf der psychologischen Ebene der Mangel an einem einheitlichen Geschichtsbewusstsein. Während einerseits deutsche Geschichte in ihrer machtpolitischen Komponente wahrgenommen wird, die in der Gestalt Bismarcks und seiner Politik positive Identifikationsaspekte bietet, in ihrem Scheitern jedoch auch „nationale Frustration“ auslöst, so gibt es andererseits ein – erst mühsam in den 60er und 70er Jahren sichtbar gemachtes – Bild deutscher Geschichte in der demokratischen Tradition; sicher zu positiver Identifikation geeignet, aber eben auch mit dem Scheitern sowohl der

1848er Bewegung als auch der Weimarer Republik belastet. Schließlich steht vor uns das Bild einer identifikationsfähigen deutschen Geistesgeschichte – das Volk der Dichter und Denker; aber auf der anderen Seite das Bild des geistig-moralischen Zusammenbruchs, der den Nationalsozialismus möglich machte und den Holocaust zu einem aus der Geschichte unauslöschlichen Faktum werden ließ.

So wichtig die erstgenannten Brüche im Geschichtsbewusstsein der Deutschen sind und unsere aktuell-politische Situation mitprägen, so unbestreitbar erscheint der letztgenannte Komplex als der über die Möglichkeit einer Gewinnung oder Wiedergewinnung geschichtlicher Identität entscheidende Faktor. Mit ihm ist in der Suche nach geschichtlicher Identität eine ethisch-moralische Dimension eingeführt, die – unentrinnbar wie die Geschichte überhaupt – uns nicht nur historisch, sondern auch aktuell und zukünftig fordert. Man könnte diese ethisch-moralische Dimension als Herausforderung und Appell mit den Worten der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948² auch so formulieren: „Da Verkennung und Missachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit verletzt haben“, sind wir gefordert, zu den Grundwerten unserer Zivilisation zurückzufinden, diese zu fördern und ihren Bestand zu sichern.

Das Gedenken an die Reichspogromnacht ist Anlass, über diese Herausforderung nachzudenken. Was ist hier geschehen, was waren die Ursachen, und wie können wir angesichts des Geschehenen deutsche Geschichte als ganze annehmen?

II. Die Reichspogromnacht – Anlass und Hintergründe und Würdigung

1. Der Verlauf des Pogroms und Hintergründe

Am 7. November 1938 wurde in der deutschen Botschaft in Paris der Gesandtschaftsrat vom Rath von dem 17jährigen Herschel Grynszpan durch Pistolenschüsse schwer verletzt. Vom Rath starb am späten Nachmittag des 9. November. Herschel Grynszpan war der Sohn eines jüdischen Ehepaares, das – aus Polen eingewandert – in Hannover lebte. Die polnische Staatsangehörigkeit hatten die Grynszpans – wie viele andere polnisch-jüdische Einwanderer – beibehalten. Um diese z. T. lange Jahre in Deutschland lebenden polnischen Juden bei einer drohenden Zwangsdeportation seitens des Reiches nicht wieder aufnehmen zu müssen, hatte die damalige polnische Regierung diesen Personenkreis aufgefordert, ihre Pässe überprüfen zu lassen. Demjenigen, der sich länger als fünf Jahre außerhalb Polens aufgehalten hatte, drohte die Aberkennung der polnischen Staatsangehörigkeit. Um diesem – der Reichsregierung unerwünschten – Schritt zuvorzukommen, wurden vor Ablauf der Überprüfungsfrist Ende Oktober 1938 von der Reichsregierung 16 – 18.000 der in Frage kommenden Juden verhaftet und in das deutsch-polnische Grenzgebiet bzw. Niemandsland deportiert, wo sie unter elenden Bedingungen so lange Unterkunft fanden, bis sie in ihre Heimatorte verbracht wurden. Zu den so Deportierten gehörten auch die Eltern des Herschel Grynszpan, der zu dieser Zeit in Paris bei Verwandten lebte. Als er von der Deportation seiner Eltern erfuhr, beschloss er, durch die Ermordung des deutschen Botschafters in Paris die Weltöffentlichkeit auf die Vorgänge aufmerksam zu machen. Herschel Grynszpan wurde in der Botschaft an den Gesandtschaftsrat vom Rath verwiesen, den er unvermittelt durch mehrere Pistolenschüsse lebensgefährlich verletzte.

Die Nachricht von dem Attentat beherrschte in den folgenden Tagen die deutsche Presse. Vom Reichspropagandaministerium gesteuert, wurde die Tat Grynszpans als das Werk des internationalen jüdischen „Verbrechergesindels“ gedeutet. Den deutschen Juden wurden

Konsequenzen angedroht, die auch nicht auf sich warten ließen. Bereits am 8. November 1938 kommt es zu ersten antijüdischen Ausschreitungen. Am 9. November abends wurde Hitler, der sich zur Feier des Tages der Bewegung (9.11.1923) in München aufhielt, die Nachricht vom Tode vom Rath überbracht und anschließend von Goebbels den in München versammelten Partei- und SA-Führern mitgeteilt. Goebbels erwähnte in einer mit wüster antijüdischer Polemik gespickten Rede, dass es bereits spontane Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte und Synagogen gegeben habe. Goebbels vermied es, direkte Weisung zur Fortsetzung und Erweiterung derartiger Aktionen zu geben, doch ließ er die Billigung dieser Aktionen für alle verständlich durchblicken. In den Akten des Nürnberger Gerichtshofes lesen wir: „Der Führer habe auf seinen (Goebbels – der Verfasser) Vortrag entschieden, dass derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien; soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten!“³ Die versammelten SA- und Parteiführer verstanden die Botschaft wohl und gaben die Nachrichten über die schon angelaufenen antijüdischen Aktionen an ihre Untergliederungen weiter. Partei- und SA-Angehörige sollten als solche nicht in Erscheinung treten, jedoch die Aktion weiterführen. Nicht präzise Anweisungen lösten das reichsweite Pogrom aus, sondern mehr oder minder deutliche Hinweise auf die Billigung der vorgeblich spontanen Gewalttätigkeiten gegen Synagogen, jüdische Geschäfte und Bürger. Zur Verstärkung der Wirkung der Hinweise und Aufhetzung seitens der Partei- und SA-Führer ließ Goebbels gegen 2 Uhr nachts noch eine Zusammenfassung seiner Rede an die Gauleitungen übermitteln.

Diese nur schlecht kaschierte Steuerung des Pogroms ist heute klar erwiesen. Als Ergebnis des Pogroms, das teilweise noch bis zum 13. November 1938 andauerte, waren ca. 400 (andere sprechen von 297) Synagogen zerstört, zahllose jüdische Friedhöfe verwüstet, Wohnungen und Geschäfte demoliert und geplündert. Obwohl nicht offizielles Ziel der Aktionen, wurden zirka 100 Juden erschlagen, zahllose andere verletzt, gequält und vergewaltigt. Rund 30.000 Juden wurden verhaftet und unter unsäglichen Bedingungen in Konzentrationslager gepfercht. Wiewohl so im einzelnen nicht im Vorhinein geplant, gab das Attentat vom 7. November 1938 dem Regime willkommenen Anlass, seine bereits beschlossene Repression gegen die deutschen Juden zu einem ersten Höhepunkt zu treiben.

Die Partei- und Regierungslinie, die Pogromaktionen als spontane und lokale Ausschreitungen erscheinen zu lassen, spiegeln sich in der von Goebbels verordneten Berichterstattung wider: keine dramatischen Großberichte, eher beiläufige Lokalberichte einerseits, antijüdische Stimmungen unterstützende Kommentare andererseits. Die Öffentlichkeit sollte sich kein vollständiges Bild über die Ereignisse machen können und von lokalen, spontanen Vergeltungsaktionen ausgehen. Wie sehr auch wir selbst in unserem schleswig-holsteinischen und – noch enger – in unserem Kieler Bereich betroffen waren und sind, mögen Zitate aus der Lokalpresse verdeutlichen. In Kiel nämlich, wo sich die Ereignisse in gleicher Weise wie in anderen Städten abspielten, wird in den Kieler Neuesten Nachrichten u. a. wie folgt berichtet: In einer nur wenige Zeilen umfassenden Nachricht lesen wir unter dem 10. November 1938 mit der Überschrift „Volkskundgebung gegen die Juden“ das folgende:

„Die Kunde, daß Gesandtschaftsrat vom Rath der feigen Meucheltat des jüdischen Mordbuben in Paris erlegen ist, hat, wie im ganzen Reiche, so auch in Kiel spontane judenfeindliche Kundgebungen ausgelöst. Die tiefe Empörung, die das ganze deutsche Volk beseelt, machte sich in antijüdischen Aktionen Luft.“

Und unter dem 11. November 1938 lesen wir weiter unter der Überschrift „Die antijüdischen Kundgebungen“:

„Wie im ganzen Reiche, so hat, wie bereits gestern kurz mitgeteilt, auch in Kiel das feige jüdische Verbrechen an dem Gesandtschaftsrat vom Rath stürmische Empörung ausgelöst. Volksgenossen drangen als Vergeltung für die Mordtat des Juden Grünspan in die Synagoge am Hohenzollernpark ein und steckten sie in Brand. Das Innere dieses Judentempels wurde dabei vernichtet. In zahlreichen Geschäften in Kiel wurden die Fensterscheiben zertrümmert und die Ladeneinrichtungen zum Teil beschädigt. Wie uns mitgeteilt wird, sind davon die Judengeschäfte Alexander (Bergstraße), Hurtig (Holstenstraße), Leven (Schloßgarten), Baumgarten (Elisabethstraße), Haller (Stoschstraße), Winzelberg (Knooper Weg), Bodenstein (Lerchenstraße), Hirsch (Fischer- und Faulstraße), Karlsberg (Kaiserstraße) und Locker (Falckstraße) betroffen worden.“

In einem ausführlichen Kommentar wird das Attentat als Teil einer organisierten Aktion des „internationalen Judentums“ gebrandmarkt (10.11.1938). Aber auch die biedermännische Geste der Reichsregierung als „Recht und Gesetz schützende Macht“ fehlt nicht. Am 11. November 1938 lässt Goebbels reichsweit folgenden Aufruf veröffentlichen. Die entsprechende Nachricht in den Kieler Neuesten Nachrichten lautet:

„Reichsminister Dr. Goebbels gibt bekannt: Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft geschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen.

Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden.“

Die angedrohte endgültige Antwort folgt umgehend. In schneller Folge werden durch Gesetz und Verordnungen Juden aus dem Geschäftsleben ausgeschlossen. Die ihnen von den Versicherungen für die Schäden der Reichspogromnacht zustehenden Zahlungen, die die Versicherungen aus Gründen ihrer „Bonität“ auch vornehmen wollten, werden konfisziert und die Juden ihrerseits zu einer Kompensationsleistung von 1 Milliarde Reichsmark verpflichtet. Der schon Monate vor dem 9. November 1938 beschlossene Ausschluss der Juden aus der deutschen Gesellschaft – zunächst noch mit dem Ziel, sie zur Emigration zu zwingen – wurde im Gefolge der Reichspogromnacht Realität. Soweit in knapper Zusammenschau die Ereignisse vom 7. bis 12. November 1938.

2. Würdigung

Wenn wir uns heute nach 50 Jahren ein Urteil über das Pogrom bilden, vor allem Schlüsse für unser Selbstverständnis als Deutsche ziehen wollen, so stellen sich zunächst weitere bohrende Fragen wie diese: „Wie verhielt sich die Bevölkerung gegenüber den geschilderten, öffentlich sichtbaren Vorgängen?“ und „Wie konnte es zu diesen brutalen Exzessen kommen?“ Oder auch diese Frage: „Wie sah das Ausland die Ereignisse, und wie verhielt es sich?“ Es sind diese Fragen, die vordergründig an die Generation vor uns gerichtet scheinen; sie sind jedoch – genauer besehen – Fragen auch an uns, nämlich in dem Sinne: „Wie hätten wir seinerzeit reagiert?“ Denn zu den Ereignissen vom November 1938 und darüber hinaus zum Dritten Reich als einem Teil unserer Geschichte Stellung zu beziehen, zu verstehen und die

Geschichte als eigene annehmen zu können heißt nicht, über andere zu urteilen und sie zu verurteilen, sondern sich selbst in die kritischen Fragen einzubeziehen.

Was zunächst die Reaktion der Bevölkerung angeht, so ist festzustellen, dass in Schleswig-Holstein wie im Reich die Pogromaktionen von Mitgliedern der SA und der SS, aktiv unterstützt von Teilen der Bevölkerung, durchgeführt wurden. Die von Goebbels und seiner radikal-antisemitischen Fraktion⁴ erhoffte breite spontane Massenbeteiligung der Bevölkerung fand jedoch nicht statt. Auf der anderen Seite gab es im Einzelnen insgeheim vollzogene Akte nachbarschaftlicher Hilfe für die Verfolgten, die von der Versorgung mit Nahrungsmitteln bis zur Ausreisehilfe reichten. Angst vor dem Terror von Partei, SA und SS ließen diese aufrechten Hilfeleistungen nicht öffentlich sichtbar werden. Sie sind uns von mit dem Leben davongekommenen jüdischen Emigranten, aber auch nach dem Kriege von einzelnen Helfern selbst überliefert. Die Masse der Bevölkerung indes verhielt sich passiv. Aus heutiger Sicht ist es schwer, deren innere Einstellung nachzuzeichnen. Augenzeugenberichte in- und ausländischer Beobachter und die Auswertung historischen Quellenmaterials geben uns jedoch ein zumindest grobes Bild der Motive für die Haltung der großen Mehrheit der Bevölkerung. Unter denen, die untätig der Verfolgung der jüdischen Mitbürger zusahen, gab es sicher eine nicht geringe Zahl von Antisemiten, die in der Verfolgung die harte, aber verdiente Vergeltung für die ihrer Auffassung nach unverhältnismäßige Dominierung des öffentlichen Lebens durch die Juden sahen. Zum anderen gab es die bei jedwedem öffentlichen Skandal auftretenden Schaulustigen, die in innerer Distanz die Vorgänge einfach zur Kenntnis nahmen. Und schließlich gab es solche, die im Bewusstsein des das Reich bereits beherrschenden totalitären Systems in Scham und Betroffenheit die flagrante Verletzung des selbst im Dritten Reich geltenden, wenn auch schon pervertierten Rechts erkannten, sich jedoch zu aktivem Widerstand und Protest nicht entschließen konnten. Man hatte den Anfängen nicht gewehrt und sah sich – und war – ohnmächtig. Es vollzog sich jetzt im gesamtgesellschaftlichen Bereich, was sich im engeren Bereich der Universitäten, auch der Kieler Universität, bei der Bücherverbrennung und der Vertreibung jüdischer Professorenkollegen schon früher ereignet hatte.

Wenn wir das Gedenken an die hier geschilderten Ereignisse zum Anlass nehmen wollen, für unser Selbstverständnis als Deutsche Nutzen zu ziehen, dürfen wir es bei der Analyse der Haltung der deutschen Bevölkerung in den Tagen des November 1938 allerdings nicht bewenden lassen, insbesondere nicht mit der seinerzeit aktuell zutreffenden Feststellung der bereits eingetretenen Totalisierung des Terrorregimes und der damit verbundenen Ohnmacht des einzelnen gegenüber den Vorgängen in der Reichspogromnacht. Vielmehr haben wir uns zu fragen, wie es hierzu kommen konnte und was sich aus den Ereignissen der Reichspogromnacht entwickelte, mit anderen Worten, wir haben die Ereignisse vom November 1938 in die vorangehende und nachfolgende Geschichte, unsere Geschichte, einzuordnen.

Wenn auch feststeht, dass das Pogrom nicht von langer Hand geplant war, so ist es im weiteren Sinne doch Bestandteil der seit 1933 eingeleiteten systematischen Verfolgung der deutschen Juden und Ausdruck einer geistig-moralischen Perversion, die nicht erst 1933 begann. Der Fackelschein der nächtlichen Parade aus Anlass der Machtübernahme, die Feuer der Bücherverbrennungen, die brennenden Synagogen und der Holocaust sind in einer Kette zu sehen. Dass all dies geschehen konnte, dass sich aktive Unterstützer fanden und ein passives Mitansetzen geschehen konnte, hat Ursachen, die gerade wir als Angehörige einer Universität – jung oder alt – nicht verkennen dürfen. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hat sich in Deutschland ein fortschreitender Antisemitismus (besser Antijudaismus) entwickelt, dem allzu wenige entgegentraten, als noch Zeit war. Vor allem jener Antijudaismus, der als so

genannter „sekundärer Antijudaismus“ bezeichnet wird⁵, der nicht auf eigener unmittelbarer (negativer) Erfahrung mit jüdischen Mitmenschen beruht, sondern eigene existenzielle Ängste vor den Wandlungen der modernen Gesellschaft kollektiv den „Machenschaften“ des Judentums anlastete, hat maßgeblich das Klima geschaffen, in dem die staatlich verordnete Judenverfolgung ihren Lauf nehmen konnte. Um was handelt es sich bei diesem „sekundären Antijudaismus“, um welche Ängste wessen ging es? Das Verhältnis von Juden und Deutschen ist in der jahrhundertealten Geschichte ihres Zusammen- oder Gegeneinanderlebens von einer – gemessen am gesamten Zeitraum seit dem Mittelalter – nur kurzen Periode fruchtbaren Miteinanders gekennzeichnet gewesen. Religiös motivierter Antisemitismus, die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung prägte die Zeit bis zur Emanzipation der Juden, die insbesondere im geistig-kulturellen Bereich zu einer raschen Assimilation der jüdischen Bürger führte – teilweise unter Verlust ihrer jüdischen Identität. Im ausgehenden 19. Jahrhundert waren die Juden überwiegend zu einem Teil des deutschen Staatsvolkes geworden. Sie waren stark national gesonnen. Ihre Identifikation mit Deutschland zeigte sich nicht zuletzt in ihrem Einsatz für das Reich während des Ersten Weltkrieges. Für den Ausbruch eines gewaltsamen, zu Pogromen führenden Judenhasses schien kein Anlass.

Und dennoch zerbrach die sich anbahnende Normalität deutsch-jüdischen Zusammenlebens. Der Zusammenbruch des Kaiserreiches bedeutete für Deutschland nicht nur den Verlust einer erst spät, ja zu spät gewonnenen nationalstaatlichen Machtposition. Dieser Zusammenbruch signalisierte vielmehr auch den Zusammenbruch einer nur schwach integrierten traditionellen Gesellschaft. Die Deutschen sahen sich unvermittelt in die Moderne geworfen mit allen Verwerfungen und Desorientierungen, die ein solcher Wandlungsprozess auslöst. Hinzu kamen die kriegsbedingten ökonomischen Einbrüche, die zahllose, bis vor kurzem noch so sicher scheinende bürgerliche Existenzen vernichteten. In dieser Situation wurden nun die auch im Kaiserreich noch keineswegs völlig verschwundenen Antisemitismen aufgegriffen. Die im Modernisierungsprozess vielfach führenden deutsch-jüdischen Köpfe des Geisteslebens wurden für die Wirren und Entwurzelungen verantwortlich gemacht, dem Volk in wüster demagogischer Hetze als Ursache allen Übels angedient. Das Lebensumfeld Hitlers in seinen Wiener Jahren ist ein beredtes Zeugnis dieser psychologischen Prozesse. Die verunsicherten und entwurzelten Kreise suchten in kollektiver Schuldzuweisung an das Judentum den Halt, ja das Instrument zur eigenen Selbstvergewisserung. Die alten antijüdischen Klischees waren griffige Werkzeuge in diesem Prozess der Ablenkung von den wahren Ursachen des verspäteten, explosionsartig erfolgenden Gesellschaftswandels.

Ich habe dieses Phänomen der Selbstvergewisserung von Gruppen durch Stigmatisierung einer Minderheit deswegen so ausführlich behandelt, weil hier ein allgemeines gesellschaftliches Verhalten deutlich wird, das keineswegs auf das Verhältnis von Mehrheitsgesellschaft und rassistischer Minderheit beschränkt auftreten kann, sondern das im Verhältnis zu jeder anderen Minderheit – ob objektiv vorhanden oder subjektiv willkürlich definiert – zum Ausbruch kommen kann. Wir müssen uns kritisch fragen, ob nicht wir in heutiger Zeit der Gefahr der „Erfindung“ von Minderheiten als Sündenböcke eigenen Unvermögens unterliegen. Mit welcher fataler Selbstverständlichkeit wird z. B. das Problem der Massenarbeitslosigkeit mit der angeblich übergroßen Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in Zusammenhang gebracht? Liegt hier nicht die Gefahr einer explosiven Mischung existenzieller ökonomischer Angst und Fremdenfeindlichkeit bereits zutage?

Beigetragen zu diesem Klima hat aber auch ein aus blindem Rechtspositivismus gespeistes, zunehmend pervertiertes Rechtsdenken, zu dem wesentliche Anstöße auch aus unserer Universität gekommen sind. In zweierlei Richtung hat der Zusammenbruch des rechtsstaatlichen Denkens verheerend gewirkt: Zum einen hat es zur Akzeptanz nur

scheinlegaler Veränderungen der Staatsorganisation geführt und damit die von der NSDAP gewollte Aufhebung von Gewaltenteilung und Rechtsschutz ermöglicht. Zum anderen konnten materiale, menschenrechtlich orientierte Maßstäbe richtigen, gerechten Rechts mühelos durch das „gesunde Volksempfinden“ und den Führerwillen substituiert werden und das staatlich gesetzte (Un-)Recht zum schrecklichen Instrument des Terrors, zunächst gegen Juden, zuletzt aber auch gegen Widerstand leistende Deutsche selbst gewendet werden.

Schließlich ist als eine dritte, eng mit der zweiten zusammenhängende Ursache der Zusammenbruch der Weimarer Demokratie zu nennen. Der Verlust des der Demokratie eigenen Kontrollmechanismus von Regierung und Opposition, der Verlust kritischer Öffentlichkeit, vermittelt durch eine verantwortungsvolle Presse, und die Ausschaltung im Widerstreit der Meinungen geformten politischen Willens verurteilte die Sehenden zu wirkungsloser Ohnmacht. Demokratien sind gegen Rassen- und Fremdenhass nicht gefeit. Aber funktionierende Demokratien vermögen auch die heilenden Gegenkräfte zu mobilisieren. Im Deutschland seit 1930 waren diese Regenerations- und Kontrollkräfte der Demokratie zerfallen.

Um der historischen Wahrheit willen dürfen wir letztlich aber auch nicht übersehen, dass es bis zum Kriegsausbruch, aber in Einzelfällen auch noch darüber hinaus, politische Rahmenbedingungen außerhalb des Deutschen Reiches gab, die einer – wie immer gearteten – Mäßigung der Auswirkungen der genannten Ursachen und Entwicklungen in Deutschland entgegenwirkten. Denn auch das Ausland hat die deutschen Entwicklungen seit der Machtübernahme zunächst eher beschönigend betrachtet und insbesondere der Judenverfolgung teils ungläubig abwartend, teils in stillem Einverständnis gegenübergestanden und damit nicht nur die Widerstand Leistenden geschwächt, sondern auch die Passiven beruhigt.

Wenn wir das Vorstehende bedenken, kann es dann eine Annahme der deutschen Geschichte als ganze geben? Ist der radikale Schnitt zur Vergangenheit nicht eigentlich der natürliche Schritt zum Neuanfang? Lassen Sie mich in einigen abschließenden Überlegungen auf diese Fragen antworten.

III. Schritte auf dem Weg zur deutschen Identität

Ich meine, dass es einen uns mit uns selber ins Reine bringenden Schnitt, eine befreiende Loslösung von der Vergangenheit nicht geben kann. Geschichte lässt sich nicht normativ erledigen, was immer die Motive dafür sein mögen. Versuche dieser Art, wie etwa in der DDR, die sich aus dem Gedanken der sozialistischen Umgestaltung in einem qualitativen Sprung aus der schwierigen deutschen Geschichte hat herauslösen wollen, sind gescheitert. Früher oder später holt die Geschichte uns ein. Und auch – wie immer geartete – demonstrative Akte der Verurteilung der Geschehnisse befreien nicht von der Geschichte. Wir bleiben Teil des Volkes, in dessen Namen Unsägliches geschehen ist. Nichts wird es uns ermöglichen, uns als den guten Deutschen zugehörig zu definieren und uns von den schlechten zu trennen. Wir würden damit nur eine weitere Spaltung in unser Geschichtsbewusstsein einbringen und die Schwierigkeit, Deutscher zu sein, nicht wirklich aufheben. Ein persönliches Erlebnis, das mich auch nach 25 Jahren noch immer tief betroffen macht, mag diese These erläutern: Ich besuchte damals an der Indiana University ein Seminar über Staatsphilosophie. Ein Kommilitone – ersichtlich etwas älter als ich – wurde schon in den ersten Seminarsitzungen ein für mich besonders interessanter Gesprächspartner, so dass wir über etwa sechs Wochen viele Stunden intensiver, meist in Übereinstimmung geführter

Diskussionen miteinander verbrachten. Keiner von uns kannte die Nationalität des anderen. An einem Nachmittag nach dem Seminar tranken wir gemeinsam Kaffee und kamen erstmals in ein nichtfachliches, persönliches Gespräch. Ich erfuhr, dass mein Gesprächspartner Israeli war, der in Ungarn schwerer Verfolgung durch die SS ausgesetzt war und seine Familie in einem Konzentrationslager verloren hatte. Ich sagte ihm, dass ich Deutscher sei. Darauf erklärte er sichtlich bewegt, denn auch er schätzte unsere Bekanntschaft, er könne mit mir nicht weiterhin sprechen. Er wisse, dass ich aufgrund meines Alters selbst keine Schuld auf mich geladen hätte, es sei ihm auch gleich, ob mein Vater Widerständler oder Angehöriger der SS gewesen sei. Er könne die Vergangenheit nicht vergessen und mit einem Deutschen nicht sprechen. Selten habe ich das Verhaftet sein in die Geschichte meines eigenen Volkes so nachdrücklich erfahren wie damals.

Gibt es somit – jedenfalls für mich – keinen Ausstieg aus der deutschen Geschichte, so bleibt die Frage, wie kann ich, wie können wir sie als ganze annehmen und als Deutsche zu uns selbst finden? Ich denke, dass diese Annahme der ganzen deutschen Geschichte möglich ist, wenn auch nur unter bestimmten Bedingungen.

Die erste Bedingung ist, dass wir bereit sind, die deutsche Geschichte in ihren positiven und negativen Aspekten zu kennen, zu erkennen und bewusst in unser politisches und moralisches Bewusstsein aufzunehmen. Verdrängung befreit nicht, wobei wir uns – darauf hat der Herr Bundespräsident kürzlich eindrucksvoll hingewiesen – davor hüten müssen, jene Mitbürger zu verurteilen, die aus tiefer Betroffenheit der Verdrängung zumindest der jüngsten Geschichte Raum geben. Wenn wir in diesem Sinne uns der Geschichte öffnen, können wir bei Erfüllung der weiteren Bedingungen die Schwierigkeit, Deutscher zu sein, überwinden lernen.

Eine zweite Bedingung ist, dass wir in unserem täglichen Leben dem Ungeist des Fremden- oder Rassenhasses wehren, nicht durch hehre Deklamation, sondern durch praktisches Tun, wo immer wir in diesem Sinne gefordert sind. Denn zuvorderst ist es der gesellschaftliche Raum, in dem unser mitmenschliches Zusammenleben geprägt wird. Hier wird das Bewusstsein entwickelt, auf dessen Fundament auch das staatliche Leben im Geiste der Toleranz gestaltet werden kann. Die beste Rechts- und Staatsordnung muss scheitern, wenn sie nicht im Widerlager einer humanen Gesellschaft ruht.

Und die dritte Bedingung ist, dass wir unsere demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung pflegen. Wenn es richtig ist, dass erst in der Verbindung von Rassenhass und Zusammenbruch der demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung die Exzesse des Dritten Reiches möglich wurden, so ist es unser aller Verantwortung, diese Demokratie zu sichern. Dazu gehört, dass wir als Bürger unsere grundgesetzlich verbürgte Freiheit in Verantwortung für alle unsere Mitbürger alltäglich wahrnehmen. Dazu gehört aber auch, dass die von uns gewählten staatlichen Funktionsträger mit den demokratisch-rechtsstaatlichen Institutionen unseres Staates pfleglich umgehen. Sich häufende Skandale, Fälle des Machtmissbrauchs und der schludrige Umgang mit der Verfassung und Rechtsordnung, im Großen wie im Kleinen, geben insoweit ebenso Anlass zur Sorge und Wachsamkeit wie hier und da aufkommender Fremdenhass und Antisemitismus.

Lassen Sie uns die Chance, die uns unsere staatliche Ordnung schenkt, nutzen, um im Bewusstsein unserer Geschichte in demokratischer Verantwortung als Deutsche in der Gemeinschaft unserer europäischen Nachbarn und der Völker insgesamt für eine friedliche Welt der Toleranz und Humanität zu wirken.

¹ v. Weizsäcker, Richard: Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft – Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages, wiedergegeben in: Die Deutschen und ihre Identität – Reden des Bundespräsidenten, Schriftenreihe „Gegenwartstragen“ (50), hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein, Kiel 1986, S. 57ff.
– Die Deutschen und ihre Identität – Vortrag auf dem 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf am 8. Juni 1985, ebd., S. 69ff.

² Resolution 217 (III) v. 10. Dezember 1948 (Universal Declaration of Human Rights) der Generalversammlung der Vereinten Nationen, englisch in: United Nations General Assembly, Official Records, 3rd Session, Resolutions Doc. A/810, S. 71; deutsches Zitat nach der amtlichen Übersetzung, abgedruckt in Satorius II, Internationale Verträge, Europarecht. Stand 1988.

³ IMT, Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. XXXII, Dok. 3063-PS: Bericht des Obersten Parteigerichts der NSDAP vom Februar 1939, Nürnberg 1947/49.

⁴ Es gab in anderen Gruppierungen der Partei auch Vorbehalte gegen die Aktionen und ein Bemühen um ein „formal korrektes“ Verhalten, die aber wirkungslos blieben, vgl. Faust, a.a.O., S. 15; Wulf, a.a.O. S. 32f.

⁵ Zu diesem Begriff Wulf, a. a. O., S. 29; allgemein dazu Delbrück, Stichwort „Judenfeindschaft“, a.a.O., Bd.1, Sp.1424ff; ders., Stichwort „Rasse“ a.a.O., Bd.2, Sp. 2684ff; ders., Die Rassenfrage, a.a.O., S. 13ff., jeweils mit weiterführenden Literaturhinweisen.

Auswahlbibliographie

Bei den Literaturhinweisen ist auf die Aufführung der Standardwerke und jüngsten Monographien verzichtet worden. Sie sind über die folgenden Quellennachweise zu erschließen.

Delbrück, Jost

Stichwort „Judenfeindschaft“ in: Evangelisches Staatslexikon, begründet von Hermann Kunst/Siegfried Grundmann, hrsg. von Roman Herzog/Hermann Kunst/Klaus Schlaich/Wilhelm Schneemelcher, 3. neubearbeitete Auflage, Stuttgart 1987, Bd. 1, Sp. 1424ff.

– Stichwort „Rasse“ ebd., Bd. 2, Sp. 2684ff.

– Die Rassenfrage als Problem des Völkerrechts und nationaler Rechtsordnungen, Frankfurt/Main 1971.

Dröscher, Hans-Jürgen

(Hrsg.) „Reichskristallnacht“ – Die Novemberpogrome 1938 im Spiegel ausgewählter Quellen – eine Dokumentation, Bonn 1988.

Erdmann, Karl-Dietrich

Wissenschaft im Dritten Reich. Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, Neue Folge Nr. 45, Kiel 1967.

Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung – Vorlesung in der Universität Kiel anlässlich des 75. Geburtstages am 29. April 1985, hrsg. von der Universität Kiel, Kiel 1985.

Faust, Anselm

Die „Reichskristallnacht“: Der Judenpogrom vom November 1938, in: aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 43/88 vom 21. Oktober 1988, S. 14ff., mit umfangreichen Hinweisen auf die neuere Literatur.

Gillessen, Günter

Der organisierte Ausbruch des Hasses – Die „Reichskristallnacht“ vor fünfzig Jahren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. November 1988, Nr. 259.

Hausschildt-Staff, Dietrich

Novemberpogrom – Zur Geschichte der Kieler Juden im Oktober/November 1938 (mit umfangreichen weiteren Literaturhinweisen), Sonderdruck aus Band 73 (1988) der „Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte“ für das Stadtarchiv Kiel, Rathaus.

Kistler, Helmut

Der Pogrom vom November 1938 – „Reichskristallnacht“ (Text und Dokumentation) herausgegeben von der Bundeszentrale für Politische Bildung o. J.

Lapide, Pinchas

Kerzen in der Finsternis – Zweitüberlegungen eines Betroffenen 50 Jahre danach (Vortrag auf der Tagung der Synode der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche am 22. September 1988 im Bürgerschaftssaal des Hamburger Rathauses), wiedergegeben in: Synode der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche, 9. Tagung der Dritten Synode vom 22. Bis 24. September 1988 in Hamburg.

Wulf, Peter

Die Verfolgung der schleswig-holsteinischen Juden im November 1938, in: Die Juden in Schleswig-Holstein, Schriftenreihe „Gegenwartsfragen“ (58), hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein, Kiel 1988, S. 25ff.